

# Auch Merkel fischt am rechten Rand.

Wenige Tage vor der Europawahl setzt Angela Merkel Schwerpunkte für den Wahlkampf. Ins Zentrum stellt sie einen Gesetzesentwurf, der Maßnahmen gegen angebliche »Sozialbetrüger« vor allem aus Süd- und Osteuropa vorsieht: Z.B. langjährige Einreiseverbote und Haftstrafen für zugewanderte EU-Bürger, die bei Behörden falsche oder auch nur unvollständige Angaben gemacht haben. Auch der Bezug von Kindergeld soll eingeschränkt werden. Merkel sagt, sie wolle »Hartz IV nicht für EU-Bürger zahlen, die sich allein zur Arbeitssuche in Deutschland aufhalten«. Das erinnert an das Plakat der AfD: »Wir sind nicht das Weltsozialamt für Europa«, oder der NPD: »Wir sind nicht das Sozialamt der Welt«.

**Und die SPD macht mit:** Die Vorschläge gehen auf Empfehlungen von einem von Merkel und Gabriel eingesetzten Staatssekretärs-Ausschuss zurück. In dieser Runde war auch die SPD vertreten. Gemeinsam mit dem Innenminister hat SPD-Arbeitsministerin Andrea Nahles bereits Ende März erste Eckpunkte des Gesetzesentwurfes vorgestellt.

**Die Sozialsysteme leiden unter Reichtumsflucht:** Steuerflucht, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung kosten nach Berechnungen der EU-Kommission alle EU-Staaten jedes Jahr eine Billion Euro, Deutschland allein rund 160 Milliarden Euro. Die Große Koalition hat keinen Staatssekretärs-Ausschuss eingerichtet, der Vorschläge unterbreitet, wie dieses Geld in Deutschland bleibt. Stattdessen wird mit rechtspopulistischer Stimmungsmache von den eigentlichen Problemen ablenkt.

## Für ein solidarisches Europa!

Dass viele Menschen aus dem Süden und Osten Europas nach Deutschland einwandern, hängt mit der Verarmungspolitik der Troika zusammen. Die Bundesregierung hat diese Politik gefordert, die SPD trägt sie mit.

**Europa nicht den Rechten überlassen.  
DIE LINKE. wählen!**

Merkels Demagogie legt nahe, dass das Sozialsystem vor allem durch Zugewanderte bedroht würde. Das ist nicht wahr. Es gibt keine Armutszuwanderung in die deutschen Sozialsysteme. Die Arbeitslosenquote unter den Zugewanderten aus Rumänien und Bulgarien – gegen die besonders Stimmung gemacht wird – lag im Jahr 2013 bei 7,4 Prozent, in der Gesamtbevölkerung bei 7,7 Prozent. Nimmt man die vergangenen drei Jahre, so ist die Zahl sozialversicherungspflichtig beschäftigter Menschen aus Rumänien und Bulgarien stärker gestiegen als deren Zuwanderung. Das bestätigte das Arbeitsministerium Ende 2013 auf Anfrage der LINKEN im Bundestag.

**Die Zuwanderung stärkt also die Sozialsysteme, z.B. durch Einzahlung in die Rentenkasse!**

## DIE LINKE will einen Politikwechsel in Europa:

- Die Kürzungspolitik der Troika muss beendet werden.
- Stattdessen brauchen wir ein Zukunftsprogramm für Europa, das Arbeitslosigkeit bekämpft und in allen europäischen Ländern tragfähige wirtschaftliche Perspektiven sichert.
- Unternehmen und Reiche müssen endlich angemessen an der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligt werden.

Für ein solidarisches Europa. Ohne Steuerbetrug. Ohne Lohndumping und Sozialabbau. Gegen Rechtspopulisten – auch im Kanzleramt.

Auf den Punkt gebracht  
23. Mai 2014

V.i.S.d.P. Matthias Höhn  
bundesgeschaeftsstelle@die-linke.de  
Mehr Informationen unter: [www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)

**DIE LINKE.**